

Von Krise zu Krise – Aus INKA für die Flüchtlingsfrage lernen

Drei Jahre lang wurde im Verbundprojekt INKA¹ mit Beteiligung des BBE nach Wegen zu einer besseren Integration von Engagierten in den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gesucht. In der Abschlusspublikation *Engagiert im Katastrophenschutz. Impulse für ein zukunftsfähiges Freiwilligenmanagement* (September 2015 erschienen im Wochenschau-Verlag) sind die zentralen Befunde des Projekts dokumentiert. Es wurde stark geprägt von der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2013 in Süd- und Ostdeutschland, wo sich anhand des realen Krisenfalls Potenziale und Probleme der Integration von Freiwilligen sehr gut beobachten und analysieren ließen.

Wenn man in diesen Tagen die massive Zuwanderung durch Flüchtlinge nach Deutschland beobachtet, kann man – zumal als Teilnehmer des INKA-Projekts – kaum anders, als hier gewisse Parallelen zu sehen. Beim Einsatz von Freiwilligen im Katastrophenschutz zeigen sich analoge Phänomene wie beim bürgerschaftlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe. Zunächst kann man in beiden Fällen – im Fall der Naturkatastrophe ebenso wie bei der aktuellen Flüchtlingssituation – von Krise sprechen. Durch die schiere Zahl der Flüchtlinge (es wird geschätzt, dass bis zu 10.000 Menschen jeden Tag in Deutschland eintreffen) ist zweifellos eine krisenhafte Situation entstanden. Das bedeutet, dass die normalen Verwaltungsroutinen der Aufnahmepraxis nicht mehr oder nur noch eingeschränkt funktionieren. Die Erstaufnahmekapazitäten müssen ständig erweitert werden, wobei in den Kommunen Improvisation mittlerweile Standard geworden ist. Die Registrierung der Flüchtlinge gelingt nicht mehr vollständig, so dass zahlreiche Menschen ohne Orientierung und ohne Kenntnis der Verwaltung im wahrsten Sinne des Wortes durch die Gegend ziehen. Bei der Bearbeitung der Asylanträge kommt zudem das zuständige BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) nicht mehr hinterher. Der Antragsstau ist riesig, die Wartezeiten verlängern sich für alle Betroffenen ins Unerträgliche.

Ohne Alarmismus-Attitüde kann man also behaupten, dass hier Symptome einer Krise unverkennbar sind. Eine weitere Parallele zum Katastrophenfall à la INKA ist die massive Hilfsbereitschaft aus der Mitte der Gesellschaft. Mittlerweile engagieren sich Zehntausende von Helferinnen und Helfern in

¹ Das Akronym INKA steht für „Professionelle **I**ntegration von freiwilligen Helfern in Krisenmanagement und **K**atastrophenschutz“. Das Projekt wurde unter Federführung des Deutschen Roten Kreuzes von der Berliner Feuerwehr, dem Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement der Universität Stuttgart, dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswissenschaft und Organisation Stuttgart, dem Institut für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und dem BBE realisiert und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

der Flüchtlingskrise. Ungezählte Organisationen sind aus dem Boden geschossen. Von Kleider- und Lebensmittelspenden über medizinische Versorgung, Rechtsberatung und ehrenamtliche Deutschlerninitiativen bis zu Unterbringung und Wohnen gibt es kein Thema, bei dem nicht bürgerschaftlich Engagierte mitmischen und Zeit und Geld und Energie spenden. Ohne das freiwillige Engagement wäre die öffentliche Hand mit ihren unter dem ökonomischen Dogma in den letzten Jahrzehnten gewaltig zusammengestrichenen Ressourcen nicht in der Lage, die Situation zu bewältigen. Die aktive Bürgergesellschaft erweist sich einmal mehr als Stützpfiler des Gemeinwesens; eine Bedeutung, die über die in Politikerreden vorherrschende Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement weit hinausgeht!

Wenn diese Beschreibung richtig ist – Krisensituation einerseits, massive bürgerschaftliche Solidarität andererseits –, dann stellt sich, ganz ähnlich wie im Fall einer Naturkatastrophe, die Frage nach einem guten Zusammenspiel von freiwillig Engagierten und der staatlich-administrativen Seite. Kooperation ist das Gebot der Stunde, und Kooperation funktioniert in vielen Fällen auch bereits, oft aus der Not geboren und unter dem akuten Handlungsdruck, wie er in diesen Tagen vorherrscht.

Vielleicht entspannt sich die akute Krisenlage in den nächsten Wochen und Monaten wieder. Doch kann man nicht davon ausgehen, dass das Flüchtlingsproblem sich damit erledigt haben wird. Auf Jahre wird (nicht nur) Deutschland damit beschäftigt sein, Menschen mit kurzfristiger oder dauerhafter Bleibeperspektive aufzunehmen, zu versorgen, zu integrieren und mit Perspektiven zu versehen; Perspektiven, die ein Leben in unserer Gesellschaft als etwas Attraktives erscheinen lassen, das man unbedingt haben will. Deutschland sei ein schönes Land, in dem es sich gut leben lässt, wenn man bereit ist, sich einzubringen in der Arbeitswelt, bei der Ausbildung der Kinder, bei Freizeit, Geselligkeit und – nicht zuletzt – beim Engagement für das Gemeinwohl!

Eine solche Perspektive wird sich auf der Ebene staatlicher Regularien (Asylbewerberleistungsgesetz, Einwanderungsgesetz, Sozial- und Arbeitsmarktgesetze) nicht finden lassen. Dazu bedarf es, wie auch bei der akuten Situation hier und jetzt, der aktiven Bürgergesellschaft mit ihrem Esprit, ihrer Kreativität und ihrer Energie.

Das INKA-Projekt hatte, wenn man es in einem Satz zusammenfassen will, *eine* große Schlussfolgerung im Angebot: Katastrophenschutzpolitik ist Zivilgesellschaftspolitik. Ein funktionierender Bevölkerungs- und Katastrophenschutz wird sich langfristig und in der heutigen Qualität nur aufrecht erhalten lassen, wenn man freiwillige Helfer_innen so integriert, dass sie eine eigenständige von Mitsprache und Partizipation getragene Rolle spielen können. Dazu bedarf es unter anderem neuer Formen des Freiwilligenmanagements, einer Reflektion des Selbstbildes und der Fremdwahrnehmung von Katastrophenschutzorganisationen sowie einer Offenheit der klassischen „Blaulichtverbände“ für neue Gruppen von Engagierten – allen voran die so genannten „Ungebundenen Helfer_innen“, die zwar helfen und dabei sein, sich aber nicht unbedingt langfristig an eine Organisation binden wollen.

Die Übertragbarkeit von Aspekten aus dem Projekt INKA auf die Flüchtlingssituation lässt sich anhand von drei Stichworten sortieren: Vielfalt, Dialog, Management.

Vielfalt: Das bürgerschaftliche Engagement in der Flüchtlingshilfe ist hinsichtlich seiner thematischen Breite und Intensität sehr vielfältig. Es gibt tausendundeine Ideen und Initiativen und verschieden ausgeprägte Bereitschaft zum Engagement. Sowohl die Engagierten als auch die Themen können in Kategorien eingeteilt werden. Die Engagierten lassen sich unterteilen in

- ehrenamtlich Engagierte in festen Strukturen (vor allem in Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege),
- ungebundene Helfer_innen, die mehr oder weniger spontan ihr Engagement anbieten,
- Strukturen der Nachbarschaftshilfe (organisierte oder spontane Hilfe im Sozialraum).

Die Themenvielfalt reicht von Hilfe bei der Erstaufnahme (Ankunft, Ernährung, Unterbringung, Kleidung, Gesundheit usw.) über Rechtsberatung im Asylverfahren und Mentoring bei der Bewältigung des Alltags in Deutschland bis zu Bildungspatenschaften und Hilfe bei der Integration in den deutschen Arbeitsmarkt. Für ein effektives Zusammenspiel der Engagierten sowohl untereinander als auch mit den beteiligten staatlichen Institutionen und engagierten Wirtschaftsunternehmen wäre die flächendeckende Einrichtung von Koordinierungsstellen wichtig. Und da man das Rad nicht eigens neu erfinden muss, könnten hier insbesondere die existierenden Freiwilligenagenturen auf ihre Eignung geprüft und entsprechend personell und materiell gestärkt werden. Die in der Flüchtlingshilfe engagierten Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände brauchen feste Ansprechpartner, die nur damit beschäftigt sind, Hilfe zu koordinieren und Probleme vor Ort zu lösen. Diese Funktion könnte aber auch durch die neu zu entwickelnde Funktion eines „Flüchtlingsmanagers“ oder „Flüchtlingslotsen“ erfüllt werden.

Dialog: Alle beteiligten Stellen müssen – über das aktuelle Krisenmanagement hinaus – zu einer neuen Dialog- und Kooperationskultur finden. Das Flüchtlingsthema könnte eine „Kick-Off“-Funktion erfüllen, insofern es neue Impulse zur partizipativen Organisationsentwicklung gibt. Sowohl die Katastrophenschutz- als auch die Wohlfahrtsorganisationen müssen sich öffnen für den Dialog mit Menschen, die *nicht* zu den klassischen Ehrenamtlichen gehören, die sich aber vom Flüchtlingsthema berührt fühlen und offen sind für Anregungen, wo genau sie welches Engagement einbringen könnten. Das INKA-Projekt hat hier erhebliche Zukunftspotenziale verortet, und es ist zumindest nicht abwegig, dass auch die mit Flüchtlingsfragen befassten Organisationen hier neue Wege gehen könnten. Der Dialog sollte aber nicht nur in Richtung engagierte Bürger_innen stattfinden. Die aktuelle Lage bietet sich auch an, um die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen auszubauen und mit der Zielsetzung „Strategische Partnerschaften“ weiterzuentwickeln.

Management: Das massenhaft auftretende freiwillige Engagement in der Flüchtlingshilfe ist *die* Gelegenheit für die Vermessung neuer Wege des Freiwilligenmanagements. Über die unter „Vielfalt“ genannten Punkte hinaus gilt: Wer künftig bürgerschaftliches Engagement fördern und an sich binden will, der wird viel stärker als bislang die Lebenssituation der Engagierten berücksichtigen müssen; zum Beispiel die Notwendigkeit, Erwerbsarbeit, Privatleben und Engagement etwa durch zeitlich begrenzte Engagementmöglichkeiten in Einklang zu bringen. Bürgerschaftliches Engagement

darf für den Engagierten kein alles verschlingendes Meerungeheuer werden, sondern muss Zeitsouveränität lassen, sofern die Motivation dauerhaft erhalten bleiben soll. Zudem sollte das Engagement irgendwie mit den Fähigkeiten und Fertigkeiten der Freiwilligen zusammenpassen.

Fazit: Nach diesem zwangsläufig nur flüchtigen ersten Aufriss sticht eine Erkenntnis hervor. Auch Flüchtlingspolitik ist Zivilgesellschaftspolitik! Sie kann nicht allein von Parlamenten und Regierungen durch (mehr oder weniger brauchbare) Gesetze und Verordnungen, sondern nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Nach einem seit dem „Asylkompromiss“ der 90er-Jahre über 20 Jahre währenden Dornröschenschlaf wäre jetzt die Gelegenheit, eine solche Politik zu gestalten.

Autor:

Dr. Serge Embacher ist Leiter des Projekts „Forum Inklusive Gesellschaft“ im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Kontakt: serge.embacher@b-b-e.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de